

Und nun geht es wieder um den Wählerwillen, genauer gesagt um die Frage, wie er sich äußern darf und wann. Zu den Modalitäten des Wahlgesetzes wird an anderer Stelle heute noch etwas zu sagen sein. Wann wird gewählt?

Bevor das Ausmaß verfehlter Politik in Ost und West wirksam wird und das dann die CDU Stimmen kostet, oder bis die SPD Gelegenheit hatte, von der Tatsache abzulenken, daß sie diese Politik mitgetragen hat?

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wir werden heute darüber zu entscheiden haben, wann und unter welchen Bedingungen die DDR der Bundesrepublik beitreten wird. Die Argumente, die gegen einen frühen Beitrittstermin sprechen, und das gilt für den einen Fall so gut wie für den anderen, wurden hier schon vielfach erörtert. Der Verhandlungsspielraum für die DDR ist mit der Beitrittserklärung gleich Null, aber es gibt noch viel zu verhandeln. Ab Beitritt gilt bundesdeutsches Recht mit den Vorbehalten des Einigungsvertrages, und das sind einfach noch nicht genug drin.

(Vereinzelt Beifall)

Andererseits gilt nach dem Entwurf des Einigungsvertrages bundesdeutsches Verfassungsrecht da nicht, wo es uns sehr helfen würde, zum Beispiel beim Länderfinanzausgleich und beim Artikel 146, der eine verfassungsgebende Versammlung fordert.

— In diesem Hause herrschte auch Einigkeit darüber, daß der Beitritt erst nach erfolgter Länderbildung erfolgen kann. Das kann natürlich erst nach den Landtagswahlen der Fall sein.

Bei so vielen guten Gründen, den Zeitpunkt des Beitritts nicht so schnell freizusetzen, muß es schon gewichtige Gründe für den vorgeschlagenen Termin September und Oktober geben. Und einen Grund haben wir heute gehört. Die Schwierigkeiten sind größer als erwartet, hört man. Natürlich stimmt das nicht. Die Schwierigkeiten waren nämlich zu erwarten. Aber jene, die vor ihnen warnten, galten als Schwarzmalerei oder wurden verlacht hier im Hause. Noch jetzt wird die Rede von Herrn Krause nicht durch Besorgnis bestimmt, sondern durch unerträgliche Arroganz.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Und ich behaupte, daß in der Bundesrepublik eine ziemlich mächtige Lobby existiert, die genau das erwartet hat, daß man den Apfel nicht einmal mehr pflücken muß, sondern daß er eines Tages madig vom Baum fällt.

(Vereinzelt Beifall)

Es sollte also besser heißen: Erwartungsgemäß sind die Schwierigkeiten so groß. So groß, daß die DDR allein nicht damit fertig wird und die Menschen bald wieder anfangen werden davonzulaufen. Nur wird man das dann Binnenwanderung nennen.

Sagen wir also angesichts der nahen Millionengrenze der Arbeitslosen und der Milliardenlöcher im Haushalt, wir treten jetzt bei? Das ist etwas sehr anderes als der Satz: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Dieses Bild war schön. Es assoziierte Geduld, Sorgfalt, den Wunsch, freiwillig aufeinander zuzugehen. Aber das Bild stimmt nicht mehr. Einmal losgetreten von der Herrschaft der SED und in den Sog bundesdeutscher Politik geraten, befand sich die DDR in freiem Fall und droht nun dumpf aufzuschlagen. Historikern bleibt es Vorbehalten herauszufinden, ob und wie es hätte anders gehen können.

Wenn das Parlament also heute entscheidet, schnell den Beitritt zu erklären, sollten wir auch so ehrlich sein zuzugeben, daß dies der Nachweis schwerer politischer Fehler auf der einen und mangelhafter Bereitschaft zu behutsamer Politik auf Seiten der Bundesregierung ist.

Eingeständnisse von Fehlern, wie wir das zu Recht von anderen erwarten, würden diesem Haus gut zu Gesicht stehen, aber

sie passen nicht in den beginnenden Wahlkampf. Man könnte nach einer ehrlichen Bilanz auch besser darüber sprechen, wie wir es nun mit den Wahlen halten wollen, aber auch hier Wahlkampf.

Schon längst haben Bürgerinnen und Bürger begriffen, daß es in diesem Parlament in allen Debatten viel mehr um Prozentpunkte bei den Wahlen als um vernünftige Entscheidungen in ihrem Interesse geht. Man kann allen nur zu ihrer Geduld gratulieren, die heute am Bildschirm oder Radio die Parlamentssitzung verfolgen. Bitte, schalten Sie noch nicht ab, es wird heute noch spannend!

(Vereinzelt Beifall)

Wie gesagt, es geht dabei im wesentlichen darum, ob die Wahlen stattfinden, bevor weitere Millionen Bürger in Ost und West den Vereinigungskater haben, oder erst, wenn die SPD ihre Startlöcher fertiggebuddelt hat. Natürlich werden Sie das so nicht zu hören bekommen, es wird um ernstzunehmende Argumente gehen, um erforderliche Verfassungsänderungen, um Fristen für die Wahlvorbereitung, und vielleicht wird von der SPD sogar die besorgte Frage kommen, wie sich denn die Bürgerbewegungen in so kurzer Zeit auf die Wahlen vorbereiten sollen. Interessante und wichtige Fragen, aber: Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt.

Zur Frage des sofortigen Beitritts: Ich denke, daß hier eine trügerische Hoffnung aufgebaut wird, die Hoffnung, daß mit einem sofortigen Beitritt alle Probleme sich in Luft auflösen, so nach dem Motto: „Der Papa wird's schon richten.“

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und der PDS)

Ich halte das für ausgesprochen verhängnisvoll. Diese Regierung darf noch nicht aus ihrer Verantwortung, auch nicht die bundesdeutsche Regierung. Sie sollen jetzt vor den Wählern verantworten, was da angelaufen ist.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und der PDS)

Wir nehmen die Gründe für eine Vorverlegung der Wahlen ernst, sind aber für eine Beibehaltung des Termins 2. Dezember. Leider werden diese Gründe hier nicht ausschlaggebend sein, ist zu fürchten, sondern - wie schon beim Wahlgesetz - parteipolitisches Kalkül. Man kriegt angesichts dieses Elefantenrennens Lust, sich zu verweigern und sich der Stimme zu enthalten, aber unsere Fraktion hat auch noch einen Antrag vorbereitet, das Präsidium weiß davon und hat gebeten, ihn bei dieser Gelegenheit einzubringen. Der Text ist kurz, ich kann Ihnen ihn also zumuten und hoffe, daß er nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Die Volkskammer wolle beschließen: Die Wahl für das gesamtdeutsche Parlament findet in der vom Grundgesetz der BRD vorgesehenen Frist statt, somit zu dem bisher anvisierten Termin 2. Dezember 1990. Der Beitritt der Länder auf dem Gebiet der DDR zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes erfolgt am Tag der gesamtdeutschen Wahl oder frühestmöglich nach Ratifizierung des Einigungsvertrages und Konstituierung der Länderparlamente, natürlich nicht irgendeines Einigungsvertrages.

Ich möchte deshalb zum Abschluß noch einige Punkte nennen, die uns unverzichtbar sind: Eigentumsfragen, die Frage der Verfassung, der Länderfinanzausgleich, die immer noch nicht befriedigend gelösten Fragen nach dem Artikel 218 und dem Artikel 175, die Frage des Umgangs mit den Stasiakten, die Frage nach dem Verfassungsschutz und die Frage nach der Mindestsicherung der Rentner, die immer noch nicht geklärt ist. Wenn ein solch marodes System wie die DDR es zustande gebracht hat, Rentnern ein Mindesteinkommen zu sichern, warum sollte es uns gerade jetzt, wo wir auf dem Weg sind, daß es uns besser geht, nicht möglich sein? - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS, Bündnis 90/Grüne und der SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte als nächsten Redner von der Fraktion der DBD/DFD den Abgeordneten Maleuda.